

A n t w o r t

des Ministeriums der Finanzen

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Helga Lerch (fraktionslos)
– Drucksache 17/13316 –

Stelleneinsparungen/Stellenaufwuchs in den Landeshaushalten seit 2016

Die Kleine Anfrage – Drucksache 17/13316 – vom 9. Oktober 2020 hat folgenden Wortlaut:

In der Einbringungsrede des Landeshaushaltgesetzes 2021 durch die Ministerin der Finanzen am 7. Oktober 2020 im Plenum des Landtages wurde u. a. über hinzukommende bzw. eingesparte Stellen gesprochen.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Um welche Stellen geht es konkret hinsichtlich der seit 2016 eingesparten 2 000 Stellen, und um welches Einsparungspotenzial handelt es sich dabei?
2. Welcher Stellenaufwuchs findet sich im Bereich der Polizei seit 2016, und um welche Gesamtsumme handelt es sich dabei?
3. Welchen Stellenaufwuchs findet sich im Bereich der Justiz seit 2016, und um welche Gesamtsumme handelt es sich dabei?
4. Welcher Stellenaufwuchs findet sich im Bereich Bildung seit 2016, und um welche Gesamtsumme handelt es sich dabei?

Das **Ministerium der Finanzen** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. November 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die konkrete Umsetzung des Abbaus von 2 000 Stellen nach Jahren und Ressorts ist in der entsprechenden Übersicht im Einzelplan 20 auf Seite 72 dargestellt (siehe Anlage). Mit dem Haushalt 2021 ist dieser Prozess grundsätzlich abgeschlossen.

Dieser Stellenabbau realisiert verschiedene Einsparpotenziale, insbesondere die fortschreitende Digitalisierung der Landesverwaltung, überdurchschnittliche Ruhestandseintritte bei den Landesbediensteten sowie Aufgabenarrondierungen und Strukturreformen, die u. a. auf Anregungen des Rechnungshofs zurückgehen. Damit hat die Landesregierung Spielräume geschaffen, um durch zusätzliche Stellen auf Anforderungen reagieren zu können, u. a. in den Schwerpunktbereichen Polizei, Justiz, Bildung, Umwelt- und Forstverwaltung sowie beim Landesbetrieb Mobilität.

Zu Frage 2:

Im Polizeibereich werden im Haushaltsplan 2021 (Stand Regierungsvorlage mit voraussichtlich 13 537,5 Stellen) im Vergleich zum Haushalt 2016 (damals 12 677,5 Stellen) insgesamt 860 Stellen mehr enthalten sein. Berücksichtigt man hierbei die in der Polizeiverwaltung anteilig eingesparten 50 Stellen, so liegt die Bruttozahl bei 910 Stellen. Mit dem Großteil dieser Stellen wurden Ziele des Koalitionsvertrags im Polizeibereich konsequent umgesetzt. So wurden für den angestrebten Aufwuchs im Polizeibereich rund 350 neue Stellen – rund 200 für Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter sowie rund 150 für Planstellen für ausgebildete Polizisten und Polizistinnen – in den letzten fünf Jahren neu geschaffen. Für die angestrebte Entlastung unserer Polizeibeamtinnen und -beamten von polizeifremden Aufgaben sowie in den wachsenden Kriminalitätsfeldern Cyber- und Internetkriminalität wurden durch Tarifbeschäftigten- und Spezialistenprogramme insgesamt weitere rund 200 Stellen zur Verfügung gestellt. Die verbleibenden rund 360 Stellen verteilen sich im Wesentlichen auf umgesetzte Einzel- oder Spezialbedarfe und/oder den Ersatz ausbildungsfremd eingesetzter Polizeibeamtinnen und -beamte über das Tarifbeschäftigtenprogramm hinaus und den Personalbedarf in der Zentralen Bußgeldstelle.

Zu Frage 3:

Im Geschäftsbereich der Justiz des Landes Rheinland-Pfalz wurden in den Jahren 2016 bis 2020 insgesamt 356 neue Stellen und Planstellen geschaffen (darunter 77 Planstellen und Stellen für Richter und Staatsanwälte, 33 Rechtspflegerplanstellen, 18 Justizwachmeisterplanstellen, 78,5 Stellen für Beschäftigte im 2. und 3. Einstiegsamt bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften,

17,5 Planstellen und Stellen im Justizvollzug, 82 Beamtenanwärterstellen für die Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie 44 Anwärterstellen im Justizvollzug). Nach dem Inhalt der Regierungsvorlage für den Haushalt 2021 sollen im Jahr 2021 weitere 96,5 neue Stellen und Planstellen für den Geschäftsbereich der rheinland-pfälzischen Justiz geschaffen werden (darunter 24 Planstellen für Richter und Staatsanwälte, 8 Rechtspflegerplanstellen, 7 Justizwachtmeisterplanstellen, 11,25 Stellen für Beschäftigte im 2. Einstiegsamt bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften, 6 Planstellen und Stellen sowie 28 Anwärterstellen im Justizvollzug).

Im Zeitraum von 2017 bis 2020 wurden im Gegenzug insgesamt 12,5 Beschäftigtenstellen des 2. Einstiegsamts und 150 Rechtsreferendarstellen in den Geschäftsbereichen der Gerichte und Staatsanwaltschaften abgebaut. In der Regierungsvorlage zum Haushalt 2021 ist ein Abbau von 20 Beschäftigtenstellen im 1. Einstiegsamt vorgesehen.

Zu Frage 4:

Auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Anke Beilstein, Drucksachen 17/12891 und 17/13151, wird hingewiesen.

Von 2017 bis 2020 wurden rund 700 Planstellen/Stellen – unabhängig von der Schülerzahlenentwicklung – neu geschaffen: 460 für die Unterrichtsversorgung, 80 für Feuerwehrlehrer, 50 für Sprachförderung, 100 zur Reduzierung von Befristungen.

Im anstehenden Haushalt kommen nochmals 378,25 neu geschaffene Stellen hinzu, sodass seit 2016 über 1 000 Stellen neu geschaffen wurden.

Doris Ahnen
Staatsministerin

Übersicht über die Umsetzung des Abbaus von 2.000 Stellen

Einzelplan	Einsparung		Einsparung im Jahr						
	Vorgabe	gesamt	2016	2017	2018	2019	2020	2021	nach 2021
02	13,11	-13,11		3,36	4,75	3,00	2,00		
03	203,54	-207,73	72,34	56,03	23,77	22,09	33,50		
04	354,60	-355,00	6,50	64,25	63,00	151,00	70,25		
05	67,72	-67,74	1,50	6,00	6,19	2,00	2,05		50,00
06	154,28	-154,31	64,67	12,49	22,50	23,99	30,66		
07	82,84	-84,99	1,50	21,04	21,95	38,50	2,00		
08	358,61	-358,86	28,38	38,82	49,29	21,75	51,76	168,86	
09	339,81	-340,00	4,50	5,25	167,75	49,00	113,50		
14	280,50	-280,50	19,00	25,00	83,07	30,83	77,25		45,35
15	82,99	-83,00	40,25	9,00	6,00	7,25	20,50		
IT	50,00	-50,00							50,00
Gesamt- ergebnis	1.988,00	-1.995,24	238,64	241,24	448,27	349,41	403,47	168,86	145,35

Anmerkung: Für die zeitliche Zuordnung ist das Jahr des kw-Vermerkes maßgeblich.

